



Reinhard Bauer 1. v. r. beim Lokalaugenschein im Kichelbergtunnel

Reinhard Bauer

Reinhard Bauer ist ein Macher. In der Politik ist der Untermaiser ein junges Gesicht. Als Fraktionssprecher der SVP im Meraner Gemeinderat und als Bezirksreferent hat er sich bewährt.

von Josef Prantl

Viele kennen Reinhard Bauer aus den Medien oder als Rechtsberater der Verbraucherzentrale Südtirol. Als Fraktionssprecher der Meraner SVP ist er immer wieder im Gespräch. Da ist es nicht immer leicht, ihn einzuordnen. „Politik muss den Menschen dienen und für sie greifbare Ergebnisse schaffen“. Er versteht sich als Teil der politischen Mitte und sieht eine zentrale Aufgabe darin, diese wieder zu stärken. „Heute dringen extreme Positionen vermehrt bis in die Mitte der Gesellschaft. Diese zeigen vielleicht Probleme auf, bieten aber keine handfesten oder umsetzbaren Lösungen“, sagt er. Bestes Beispiel sei die Migration. Als Machertyp strebt er aktiv Veränderungen an und ist überzeugt, dass Politik mehr sein muss als bloßes Fordern - sie muss Lösungen anbieten und imstande sein, sie umzusetzen. Daher habe er sich vor vier

Jahren für die SVP entschieden. Sein Engagement und seine Visionen für die Zukunft von Meran und Südtirol sind geprägt von dem klaren Ziel, die Lebensqualität für alle Bürger zu verbessern.

Bauer kennt die Sorgen der Menschen. Seit 15 Jahren arbeitet er für die Verbraucherzentrale und hat viel gesehen und erlebt. In einer Arbeiterfamilie in Untermais aufgewachsen, weiß er, wie schwer es viele heute haben: die ständige Teuerung, leistbares Wohnen, die alternde Gesellschaft, Mobilität, Jugend und Schule, Gewalt und Migration, um nur einige Themen zu nennen. „In vielen Familien bleibt viel Monat am Ende des Geldes übrig“, veranschaulicht er das Problem. Was er nicht mag, sind Schlagworte ohne aktives Gestalten. „Auch wenn es manchmal bloß Teillösungen sind, die wir erreichen“, das ist für ihn in der

Politik besser als nur zu fordern und zu kritisieren.

Beeindruckende Bildungskarriere

Reinhard Bauer ist verheiratet und Vater zweier Kinder. Sein Bildungsweg ist ungewöhnlich und bemerkenswert: Nach einer Ausbildung zum Hydrauliker arbeitete er bis zur Meisterausbildung in diesem Beruf, als er sich entschloss, seine schulische Laufbahn fortzusetzen. Privat holte er die Matura nach und studierte anschließend Rechtswissenschaften in Innsbruck. Heute arbeitet er als Jurist und Koordinator der Verbraucherzentrale, wo er sich mit Leidenschaft für die Anliegen der Menschen einsetzt. Vor vier Jahren wagte er für die Arbeitnehmer den Schritt in die Politik und wurde bei den letz-



ten Gemeinderatswahlen in Meran als dritter Vertreter der SVP in den Gemeinderat gewählt. Als Referent in der Bezirksgemeinschaft Burggrafenamt mit ihren 26 Gemeinden ist Bauer u.a. auch für Mobilität, Raumordnung, Nachhaltigkeit und die Problematik der Wohnungslosigkeit zuständig. Die Herausforderungen sind vielfältig, vor allem die Vorbereitung auf die älter werdende Gesellschaft. Besonders am Herzen liegt ihm die Jugend. „Es ist wichtig, nicht nur in profitorientierte Bereiche, wie den Tourismus zu investieren, sondern vermehrt in die Jugend“, sagt er. Das klingt wie ein Schlagwort. Bauer fordert, attraktive Möglichkeiten für junge Menschen in der Innenstadt zu schaffen und ihnen damit Sichtbarkeit zu geben. „Drängen wir die Ju-

gend an den Rand der Stadt, wirkt es so, als würden wir uns ihrer schämen!“

Beim Thema Wohnungslosigkeit setzt er auf die gute Arbeit der Bezirksgemeinschaft und auch der Gemeinde Meran mit Sozialstadtrat Stefan Frötscher. Dienste, wie „Housing First“, das Tageszentrum Plus, das Haus Arche und viele weitere werden mit Leidenschaft geführt. Doch es bedarf noch mehr.

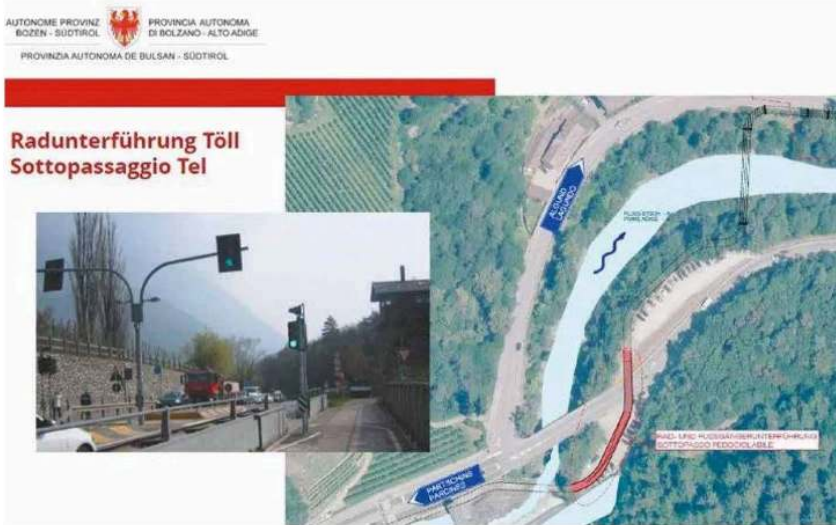
Meran erhält das „Chancenhaus“

Ein Projekt, in das Bauer sein Herzblut gesteckt hat und nicht lockerließ, ist das „Chancenhaus“ in der „Villa Katharina“ im Ansitz Zarenbrunn. Die notwendigen Umbauarbeiten werden von der Bezirksgemeinschaft

Burggrafenamt koordiniert. „Unser Konzept, das sich am Chancenhaus in Wien orientiert, bietet Lösungen für verschiedene Zielgruppen, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind“, sagt er. Er beschreibt die Situation eindringlich: „Junge Erwachsene, Frauen und Männer, Alleinerziehende, die auch unverschuldet in schwierige Verhältnisse geraten, haben oft kein Obdach. Viele von ihnen haben ein geringes Selbstwertgefühl. Mit dem Chancenhaus schaffen wir es, diese Menschen, durch arbeitsintegrative Projekte, zurück in die Gesellschaft zu führen. Damit stehen sie wieder auf eigenen Beinen. Das multiprofessionelle Chancenhaus ist somit auch eine pädagogische Einrichtung, in der Sozialpädagogen gezielt mit den Menschen arbeiten. Dieser integrative Ansatz soll helfen, eine Verfestigung der Obdachlosigkeit, die häufig mit Drogen- und Alkoholmissbrauch einhergeht, zu verhindern.“

Dringender Bedarf an Wohnraum

Ein zentrales Anliegen der Politik in Meran ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Bauer schlägt vor, dafür die nicht mehr genutzten Gewerbeflächen zu verwenden und sie in Mischgebiete umzuwidmen. Dies könnte das Gewerbegebiet Torggler Chimica, Ex-Marinello oder zum Teil Postgranz sein, wie im Meraner Masterplan vorgesehen. Damit würde man der Bevölkerung zeitnah bezahlbaren Wohnraum bieten. Die SVP-Meran arbeitet seit Beginn der Legislaturperiode an der Umsetzung des bezahlbaren Wohnens und hat unter der Leitung ihres Fraktionsprechers



ein Konzept zur Umsetzung erarbeitet. Dieses sieht unter anderem preisgebundene Wohnungen für Einheimische vor. „Ein Projekt in Postgranz hat die Meraner Stadtregierung auf unser Drängen hin kürzlich genehmigt“, resümiert er. Eine entscheidende Rolle spielen dabei Raumordnungsverträge. Sie ermöglichen den Erwerb von Grundstücken zu deutlich reduzierten Preisen, um den Bau von Wohnungen für Einheimische zu fördern. „Wir könnten theoretisch auch 1000 Wohnungen bauen“, sagt Bauer. „Aber bedenken wir auch, was das bedeutet?“, fragt er kritisch. „Wir dürfen den Gesamtanspruch der Bevölkerung nicht aus den Augen verlieren“. Mehr Wohnraum bedeute auch einen höheren Anspruch nach sozialer Infrastruktur, wie Kindergärten, Schulklassen, Freiräume, usw. Die AFI-Studie gäbe hier aber konkrete Zahlen vor, wonach die Schaffung von Wohnraum nicht gleichbedeutend mit einer Erhöhung der Bevölkerung einhergehen würde. Daher sei es jetzt an der Zeit, die Wohnungsnot konkret zu bekämpfen. Die Mittel seien vorhanden.

Preisgebundener Wohnraum

Das Wohnen um 20 bis 25 Prozent günstiger zu machen, das sei das Ziel der Landesregierung mit dem preisgebundenen Wohnbau, erklärte Landesrat Brunner noch im Sommer. Die Preisexplosion soll auf 3.400 bis 3.600 Euro pro Quadratmeter in Bozen oder Meran begrenzt werden. Bauer ist überzeugt, dass damit die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt entschärft werden kann und hat bereits ein Areal im Auge: die Postgranz. „Wir könnten in der Postgranz ein lebenswertes Quartier schaffen, das Wohnen, aber auch

Handel, soziale Einrichtungen und Gewerbe „mischt“. Wichtig ist, dass wir hier nicht nur an kurzfristigen Lösungen, sondern an einer nachhaltigen Entwicklung arbeiten. Und ganz wichtig: binden wir dabei bitte die Anwohner mit ein“, sagt er. Das Kasernenareal stellt für ihn derzeit keine Alternative dar. „Es wäre fahrlässig im Kasernenareal planlos zu bauen. Wir benötigen einen visionären Masterplan, der die Entwicklung künftiger Generationen berücksichtigt und die Mitsprache der Bevölkerung einbezieht.“ Bleibende Entscheidungen im Kasernenareal, die nicht die Gesamtzusammenhänge berücksichtigen oder einem Gesamtkonzept folgen, würden teuer bezahlt, warnt Bauer.

Mobilität heißt nicht nur Autoverkehr

Einen weiteren Schwerpunkt seiner politischen Arbeit sieht Reinhard Bauer im Bereich der Mobilität. „Der zweigleisige Ausbau der Bahnstrecke Bozen - Meran ist das wichtigste Mobilitätsprojekt“, ist er überzeugt. In 26 statt unsicheren 38 Minuten wäre man dann von Meran in Bozen. „Aber noch wichtiger ist der psychologische Aspekt, zu wissen, dass man einfach zum Bahnhof gehen kann, ohne sich um die Abfahrtszeiten kümmern zu müssen“, ergänzt Bauer und zieht damit einen Vergleich zur U-Bahn. Die heutige Bahnlinie von Bozen nach Meran wurde 1881 eröffnet und war ursprünglich ein erfolgreicher Zubringer zum aufstrebenden Weltkurort Meran. Heute, rund 160 Jahre später, ist eine umfassende Sanierung mit teilweiser Begradigung und zweigleisigem Ausbau notwendig, um auf dieser wichtigen Infrastruktur einen zuverlässigen und attraktiven Bahnverkehr in der gesamten

westlichen Landeshälfte zu gewährleisten. Auf einer ausgebauten Bahnstrecke können mehr und verlässliche Zugverbindungen angeboten werden, was wohl der größte Vorteil gegenüber der heutigen Situation ist. Heute verkehren zwischen Bozen und Meran zwei Züge pro Stunde und Richtung. Künftig kann diese Frequenz verdoppelt und vier Züge pro Richtung angeboten werden. Mit einem Direktzug kann die Strecke Bozen-Meran dann in 26 Minuten zurückgelegt werden (heute: unsichere 38 Minuten).

Das zweite Bahngleis

Der Ausbau der bisher eingleisigen Bahnstrecke Bozen-Meran sieht den Bau eines zweiten Gleises zwischen der Haltestelle Kaiserau und dem Bahnhof Untermais vor. Dieses zweite Gleis kann auf der Hälfte der Strecke neben dem bestehenden Gleis verlegt werden. Ein Drittel der Strecke wird näher an den Etschdamm verlegt, um den Flächenverbrauch möglichst gering zu halten. Die restliche Strecke wird neu trassiert, um eine Begradigung und Beschleunigung zu ermöglichen. Die heutige Strecke ist durch Kurven und kleine Radien gekennzeichnet. Erst größere Kurvenradien ermöglichen höhere Geschwindigkeiten und damit schnellere Zugverbindungen. Außerdem können sich die Züge auf der heute eingleisigen Strecke nur an fünf Stellen kreuzen. Die Strecke sei derzeit am Limit und ist von täglichen Verspätungen geplagt. Öffentlichen Verkehr auszubauen, Individualverkehr zu reduzieren: da ist sich Bauer mit den Grünen einig. „Wir dürfen aber nicht nur über Verbote reden, sondern müssen ein konkurrenzfähiges Angebot schaffen, das mindestens so gut ist wie das Auto“, ergänzt er.

Vinschger Straße: Zwei Maßnahmen für Sicherheit und Verkehrsfluss

In diesen Tagen beginnen an der Vinschger Staatsstraße auf der Töll die Bauarbeiten für eine neue Rad- und Fußgängerunterführung sowie für einen Kreisverkehr an der Kreuzung bei Partschins. Rund 1,8 Millionen Euro werden in die neue Infrastruktur investiert. Dabei wird die Fahrbahn bergwärts verbreitert, um eine temporäre Ausweichspur zu schaffen und den Verkehr auch während der Bauzeit aufrecht zu erhalten. Die Arbeiten der Firma Hofer Tiefbau sollen im Frühjahr abgeschlossen sein. „Der Kreisverkehr in Partschins und die Fußgänger- und Radunterführungen auf der Töll werden den Verkehrsfluss optimie-



ren“, sagt Bauer. Ein Erfolg ist auch, dass der Gemeinderat Partschins sich nun auf eine Trasse der Umfahrung für Rabland festgelegt hat. Die so genannte große Umfahrung von Forst nach Plaus ist damit Geschichte und wird durch zwei Umfahrungen geringeren Ausmaßes ersetzt. Sobald die Finanzierung gesichert ist, soll ebenso der Durchstich der Marlinger Brücke erfolgen und damit die Öffnung des Radwegs, von Sinich kommend, ermöglichen. Samt Anbindung nach Marling mittels einer Verkehrsspirale. Auch hier ist die Bezirksgemeinschaft federführend beteiligt. Mit Bauers Kollegen im Bezirksausschuss, dem Marlinger Bürgermeister Felix Lanpacher und Ressortleiter Martin Stifter.

Gewaltprävention und gesellschaftliche Integration

Ein Thema, für das sich Bauer stark einsetzt, ist die Reduzierung von Gewalt im öffentlichen Raum. Dabei geht er hart mit den politischen Rechtsparteien ins Gericht: „Was bringt es, in den Medien zu schimpfen und zu poltern, ohne konkrete Lösungen anzubieten?“ Als Familienvater kann er das beklemmende Gefühl der Eltern gut nachvollziehen, deren Kinder solchen Situationen ausgesetzt sind. „Wir arbeiten im Bezirk an konkreten Maßnahmen, um die Situation langfristig und nachhaltig in den Griff zu bekommen“, erklärt er. Strafverfolgung ist wichtig, reicht aber nicht aus. „Entscheidend ist die Zusammenarbeit mit Schulen, Kindergärten, dem Sozialsprengel und Jugendvereinen. Das Projekt ‚Die Brücke‘, das hilft Migrantenfamilien in die



Gesellschaft zu integrieren, sei ein wichtiges Beispiel. Auch geht die Initiative, die Gewaltprävention auf die Bezirksebene zu heben, auf Bauer zurück, da Gewalt keinen Halt vor Gemeindegrenzen mache. „Jeder Euro, den wir in die Prävention stecken, zahlt sich zehnbis hundertfach aus, da wir konkrete Probleme verhindern.“ Die Ängste der Familien müssen ernst genommen werden, auch wenn dies oft herausfordernd sei. Er plant daher, konkrete Maßnahmen umzusetzen, darunter die Entwicklung eines Leitfadens für Zivilcourage, der Orientierung für angemessenes

Verhalten in herausfordernden Situationen bieten soll. „Es ist wichtig, dass wir dieses beklemmende Gefühl der Familien anerkennen und Sicherheit vermitteln“, sagt er.

Ein Tierheim für den Westen des Landes

Ein weiterer wichtiger Aspekt des sozialen Engagements von Reinhard Bauer ist die Schaffung des Tierheims. Die Notwendigkeit eines Tierheimes im Burggrafenamt leugnet niemand, aber die Herausforderung besteht darin, ein geeignetes Grundstück zu finden, dass sowohl den Anforderungen der Tierschutzorganisationen entspricht als auch in die Gemeindeplanung passt. „Wir bekommen starken Gegenwind bei allen bekannten Optionen“, bedauert Bauer. Eine objektive Bewertung der potenziellen Areale sei daher von zentraler Bedeutung, um eine Entscheidung im öffentlichen Interesse überhaupt treffen zu können. „Ich werde bei Landesrat Walcher nicht lockerlassen, bis wir auch bei uns ein Tierheim haben“, verspricht Bauer.

Blick in die Zukunft

Reinhard Bauer kandidiert bei den Gemeinderatswahlen 2025. Die Gemeinderatswahlen sieht er als entscheidend für die Zukunft Südtirols. „Unser Land hat immer noch enormes Potenzial. Betrachten wir den Osten Europas oder den Nahen Osten ist das keine Selbstverständlichkeit! Wir haben das Glück, es als Gesellschaft selbst in der Hand zu haben, dieses Potenzial zu nutzen.“